



# Gewerkschaften

## zwischen der Linken und der SPD

**K**urt Beck und die SPD-Spitze statteten im Januar in Frankfurt dem neu gewählten Vorstand der IG Metall ihren ersten Besuch ab. Auf ihrem Leipziger Gewerkschaftstag Ende 2007 war Berthold Huber zum Nachfolger von Jürgen Peters als Vorsitzender gewählt worden. In dem Gespräch ging es um die Durchsetzung des Mindestlohns mit Hilfe der geplanten Novellierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes, deren Entwürfe Arbeitsminister Olaf Scholz vorgelegt hatte.

Der SPD-Vorsitzende nutzte die Gelegenheit, die Union davor zu warnen, die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland verhindern zu wollen. Huber betonte die Notwendigkeit, die tarifvertraglich vereinbarten Mindestlöhne bei der Leiharbeit über das Entsendegesetz seitens der Bundesregierung für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie

nicht von den Arbeitgebern weiterhin missbraucht werden, um Löhne zu drücken und Betriebschaften zu spalten.

### Nur auf den ersten Blick Routine

Auf den ersten Blick war dieser Besuch der SPD-Spitze in Frankfurt nur Routine. Dieser Eindruck kann aber nur entstehen, wenn man die Beziehungsgeschichte zwischen SPD und IG-Metall der letzten Jahre ausblendet. Beck und Huber suchten einen Neuanfang nach dem Abgang von Peters. Die IG-Metall verortet sich nach wie vor im linken politischen Spektrum der Gesellschaft. Huber gehört zu den Sozialdemokraten in der IG-Metall und er hat ein Interesse daran, die Beziehungen seiner Gewerkschaft zur SPD wieder in Ordnung zu bringen. Dafür sprach auch der Zeitpunkt des Spitzentreffens in der Endphase des hessischen Landtagswahlkampfes, in dem viele Gewerkschaftsfunktionäre zur Wahl der Linken aufriefen.

### Zum Thema

Hier steht der Thema-Text.



**Manfred Wilke**

Historiker,  
ehemaliger Leiter  
Forschungsverbund SED-  
Staat an der FU Berlin

Beck wiederum hat im Blick auf die Bundestagswahl 2009 ein hohes Interesse daran, die IG Metall an seiner Seite zu wissen und nicht als Gegner vor sich zu haben. Er dürfte nicht vergessen haben, wie die IG-Metall und ver.di gegen die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder mobilisierten. Sie konnten zwar die Arbeitsmarktformen mit ihren Protesten nicht verhindern, aber danach konnte sich 2003 in ihren Gewerkschaftshäusern die WASG organisieren. Unter deren Gründern waren viele Gewerkschaftsfunktionäre, die ihre SPD-Mitgliedsbücher zurückgaben. Der Sprecher der Sezessionisten wurde der IG Metall-Bevollmächtigte von Schweinfurt, Klaus Ernst. Die WASG schloss sich 2005 mit der PDS zur Linkspartei zusammen und die zog, geführt von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, in Fraktionsstärke in den Bundestag ein.

### Niedrige Schwelle

Für den IG Metall-Funktionär Ernst war die Schwelle für das Zusammengehen mit der SED-Fortsetzungspartei niedrig. Sind doch seit 1984 die Kommunisten eine anerkannte Strömung der Arbeiterbewegung, die in der IG Metall Heimatrecht hat. Der frischgebackene Bundestagsabgeordnete Ernst antwortete 2006 auf die Frage eines Journalisten, ob die WASG der parteipolitische Arm der Gewerkschaften sei: „Wenn es für die Gewerkschaften durch uns mehr Spielraum gibt, weil sie nicht länger auf Gedeih und Verderb auf die SPD angewiesen sind, ist das doch prima! Wir sind für den Erfolg der Gewerkschaften!“

Diese Meinung wurde von vielen Funktionären aus IG Metall und ver.di geteilt, deren Unterschriften unter den Wahlaufufen zu Gunsten der Linken bei den Landtagswahlen sich vermehrten. Die gelungene Westausdehnung der PDS mit Hilfe der WASG kostete Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 die Wiederwahl. Das Ergebnis der Bundestagswahl von 2005 war aber trotzdem rechnerisch eine linke Mehrheit im Bundestag. Da SPD und Grüne nicht mit der Linkspartei koalieren wollten, kam es zur Bildung der Großen Koalition. Auch die Union hatte ihr Wahlziel Schwarz-Gelb verfehlt.

### Alternative zur SPD zwecks Erpressung

In einem Spiegel-Gespräch äußerte sich Gerhard Schröder 2006 über den Anteil der Gewerkschaften an seiner Wahlniederlage. Er personalisierte die Schuldzuweisung und hob die Vorsitzenden von IG Metall, Jürgen Peters, und

von ver.di, Frank Bsirske, besonders hervor: „Die beiden Genannten haben schon viel kaputt gemacht – für die SPD, aber auch für den Reformprozess, und zwar, wie ich es empfunden habe, gegen die Interessen der Menschen, die ihre Mitglieder sind. Die beiden haben Funktionärsinteressen wahrgenommen bis in extenso und haben natürlich durch ihre Form der Kritik und durch ihre Form der Gegnerschaft dazu beigetragen, dass diese Wahlniederlagen nicht vermeidbar waren.“

Heute ist die Lage entstanden, die sich Ernst 2006 wünschte: In Gestalt der Linken haben die Gewerkschaften eine Alternative zur SPD im politischen Raum. Dieser Wettbewerb zwischen SPD und der Linken um die Gunst und Unterstützung der Gewerkschaften erhöht deren Bedeutung im linken Lager. Die Funktionäre spüren den Aufwind. Und der Bundeskongress von ver.di forderte in Leipzig 2007, die Debatte über den politischen Streik zu eröffnen. Als demokratisches Recht „darf das Streikrecht nicht länger auf tariffähige Ziele begrenzt bleiben“, beschloss der Kongress.

### Die Fronten sind in Bewegung geraten

Nach den Ergebnissen der Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg sind die Fronten zwischen den Parteien in Bewegung geraten. Die großen Volksparteien müssen sich neue Koalitionspartner suchen. Nach Hamburg hat der SPD-Parteivorstand die Zusammenarbeit mit der Linken seinen Landesverbänden auch im Westen freigestellt. Damit rücken rot-rote Koalitionen zwischen SPD und der SED-Fortsetzungspartei in den Bereich des Möglichen. Jenseits der Koalitionsarithmetik in den Parlamenten bedürfen solche Linkregierungen der Zustimmung der öffentlichen Meinung und nicht zuletzt der Unterstützung der Gewerkschaften. Dieser Aspekt rückt Akteure und Themen des von den Demoskopen mittlerweile bestätigten Linkstrends in Deutschland in den Blick. Eine politische Programmatik, die beim Wähler ankommt und zwischen den linken Parteien Gemeinsamkeiten im Ziel entstehen lässt, benötigt ein Meinungsklima und Akteure, die in der Lage sind, politische Themen, wie zum Beispiel den Mindestlohn, in der Öffentlichkeit zu etablieren. Der Mindestlohn ist ein sozialpolitisches Thema, das eine Kampagne tragen kann. Mit ihm werden die sozialen Folgen der Arbeitsmarktformen der rot-grünen Bundesregierung thematisiert. Und der Grundwert soziale Gerechtigkeit in der

Bundesrepublik des Jahres 2008 wird aufgerufen. Die SPD wurde für die Durchsetzung dieses Grundwertes vor 150 Jahren gegründet. Ihr Hamburger Parteitag hat 2007 die Forderung nach einem demokratischen Sozialismus programmatisch erneuert, um gegenüber der Linken als das Original auftreten zu können.

### Intervention des Staates als Ersatz für die Schwäche der Gewerkschaften

Sehen wir uns nun die Akteure an, die den Mindestlohn auf die politische Agenda setzten. Die Forderung nach einem solchen in Höhe von 7,50 € wurde von den Gewerkschaften erhoben. Die Linkspartei übernahm die Forderung und startete 2006 eine Mindestlohnkampagne. Ihre Ziele wurden in einem Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 10. Juli 2006 festgelegt: Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns „von mindestens acht Euro“, die Unterstützung der Gewerkschaften, eine gesellschaftliche Mehrheit für unsere Forderungen zu erreichen. Der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister legte dann, nachdem die SPD nachzog, 2008 seine Gesetzesentwürfe vor, mit denen die Große Koalition für einzelne Branchen Mindestlöhne gesetzlich festlegen soll.

Warum die Gewerkschaften dies unterstützen und es hinnehmen, dass die Tarifautonomie für viele Arbeitnehmer durch staatliche Lohnfestsetzung ersetzt wird, erklärt Ulrich Maurer, der Beauftragte für den Aufbau der Linken im Westen wie folgt: In den letzten zehn Jahren habe sich die Machtbalance in der Bundesrepublik derart „zu Gunsten des Kapitals verschoben, dass es ganz offensichtlich geworden ist, dass die Gewerkschaften mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr in der Lage sind, eine angemessene Beteiligung der ab-



Hier steht eine Bildunterschrift.

hängig Beschäftigten am volkswirtschaftlichen Ergebnis sicherzustellen. Diese Schwäche muss deshalb durch staatliche Gesetzgebung ausgeglichen werden. Dies betrifft vor allem die Festlegung eines Lohnniveaus, das nicht unterschritten werden darf, also die Einführung von Mindestlöhnen.“

### Mit linken Regierungen Durchsetzung erreichen

Der Kreis zwischen Themensetzung und den unterschiedlichen, politischen Akteuren schließt sich. Um die Schwäche der Gewerkschaften auf großen Teilen des Arbeitsmarktes zu kompensieren, brauchen deren Funktionäre die Intervention des Staates. Damit dies in ihrem Sinn geschieht, wollen die Gewerkschaftsfunktionäre nun linke Regierungen. In Bezug auf die Regierungsbildung in Hessen formulierte ver.di-Chef Bsirske seine Position in einem Interview mit dem Mannheimer Morgen. Er fragte: „ob sich die Politik, mit der Andrea Ypsilanti angetreten ist, nicht eher mit der Linken als der FDP durchsetzen lässt.“ Aber da wolle er sich raushalten, schließlich seien die Gewerkschaften ja parteipolitisch unabhängig!

Hier steht eine Bildunterschrift.

